

Sperrfrist: 14.12.2012 09:00 Uhr.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren ,

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke

liebe Gäste,

—

Der Kreis Warendorf in der Entwicklung.

Die demographische Entwicklung stellt uns vor neue Herausforderungen: Die Einwohnerzahl wird sinken, junge Erwachsene wandern ab, der Altersdurchschnitt wird steigen - **wir werden weniger, älter, bunter**: wir alle wissen das. Wenn wir an 2030 denken, gibt es Befürchtungen und Hoffnungen. Einige davon wurden auf der Auftaktveranstaltung von Prognos auf Haus Nottbeck vorgestellt:

- **„Fachleute können nicht im Kreis Warendorf gehalten werden!“**
- **„Erstes Altersheim muss schließen, da keine Pflegekräfte gefunden werden konnten!“**

Das gehörte zu den schlechten Meldungen.

Gute Meldungen wurden auch genannt:

- **„Kreis Warendorf: der kinderfreundlichste Kreis! Das Glück liegt in den Menschen, nicht in den Dingen“!**
- **„Der Kreis Warendorf wird energieautark. Die Wertschöpfung bleibt im Kreis!“**
- **„Die erste Landrätin mit Zuwanderungsgeschichte tritt ihr Amt im Kreis Warendorf an!“**

Wir werden 2030 sehen, ob einige dieser Meldungen in unseren Zeitungen und im Internet zu lesen sein werden. Momentan findet eine Bestandsaufnahme des Kreises statt. Interviews und ausgefüllte Fragebögen sind ein Anfang.

Früher hatten wir (lediglich) den DIERCKE- **Weltatlas** im Schrank- in dem wurde immer mal geblättert, um sich bildliche Vorstellungen von der Welt zu machen: heute wird vom **Zukunftsatlas**, **Familienatlas**, **Branchenatlas** und vom **Karriereatlas** gesprochen (diese hat übrigens wohl niemand von uns im Schrank). Und dennoch reicht das nicht aus, um ein Zukunftskonzept zu gestalten. Stärken und Schwächen müssen analysiert werden, die Bevölkerung soll einbezogen werden und es wird nötig sein, Strategien für koordinierende Funktionen zu entwickeln und Geld in die Hand zu nehmen:

Doch wie will der Kreis es „anpacken“, wen wollen wir (be)halten, wen wollen wir mitnehmen und wo wollen wir überhaupt hin auf unserem Weg in die Zukunft?

Werden uns Leitlinien in die Zukunft begleiten? Aber: Zukunft lässt sich nur gemeinsam gestalten! Ein spannender Prozess liegt vor uns.

Die Kommunen stehen im Wettbewerb um Einwohner. Dieser Wettbewerb wird sich in Zukunft weiter verstärken. Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation sind wesentlicher Bestandteil einer stabilen Gesellschaft. Menschen bekommen die Möglichkeit sich aktiv im Gemeinwesen zu engagieren und so ihre kommunale Umwelt mitzugestalten. Sie sollen Verantwortung übernehmen, Entscheidungen treffen und sich für ihre Belange einsetzen. Wir müssen das Potential dieser Menschen und ihre Kraft für die Gestaltung der Zukunft nutzen.

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist ein zentraler Standortfaktor im Wettbewerb um Einwohner. Kinder sind das Zukunftspotenzial einer Stadt. Wir werden das nicht vergessen und alle Möglichkeiten für eine gute, inklusive Bildung ausschöpfen.

Und Inklusion heißt: gleiche Chancen für alle!

Für alle Kommunen mit abnehmender Bevölkerung steigt auch der Integrationsbedarf. Faire Bildungschancen sind der Schlüssel für die Integration von Kindern und Jugendlichen. Neben Sprache und Bildung gehört die Integration in Arbeit zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen Entwicklung. Die Einbindung der

zugewanderten Unternehmen spielen hierbei eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die Ziele für 2030 werden auch in den Befragungsergebnissen und Handlungsempfehlungen in der Prognose „Ahlen 2030“ verdeutlicht. Prof. Dr. Faruk Sen hat darin wegweisende Schritte festgehalten. Auch hier haben wir einen Schlüssel für die Verbreiterung des Beteiligungsprozess der Bürger.

Beteiligung heißt Information und Transparenz,

heißt Dialog und Verständigung,

heißt sich miteinander auseinander setzen und voneinander lernen.

Solch ein Prozess erfordert kreative Lösungen und eröffnet Wege für gemeinsame Strategien.

Beteiligung heißt auch: gemeinsam Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft zu übernehmen.

Unsere Zukunft verlangt nachhaltige Lösungen, die ökologisch, ökonomisch und sozial sind.

Mein nächster Punkt:

Den Kreishaushalt entwickeln:

Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Kreishaushaltes halten auch in diesem Jahr einige Überraschungen bereit. Das Gemeindefinanzierungsgesetz befindet sich in einer weiteren Entwicklungsphase. Hier werden neben der Steuerkraft auch die Sozillasten der Gemeinden noch einmal stärker berücksichtigt. Obwohl die Landesregierung in diesem Jahr das höchste Volumen in die Gemeindefinanzierung einbringt, reicht es natürlich immer noch nicht für Alle. Für die Gemeinden im Münsterland insbesondere nicht. Geld wird auch in Zukunft knappes Gut bleiben.

Die Rot- Grüne Landesregierung hat den Aufbau einer weiteren Ausgleichsrücklage ermöglicht. Dass der Haushalt 2013 gegenüber dem Vorjahr um 8 Mio. € steigt, kritisieren viele kreisangehörigen Gemeinden. Aber wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass die Kreisaufgaben einen hohen Anteil an Sozialaufgaben auch abdecken müssen. Die Sozialaufgaben richten sich weder nach Steuerkraft noch

nach Ausgleichsrücklage. Die Sozialaufgaben haben eine gesetzliche Handlungsgrundlage, sind für alle verpflichtend und pflegen eine eigene Entwicklungsdynamik.

Sehr verehrte Damen und sehr verehrte Herren, machen wir uns nichts vor:

Für den FMO sind die Würfel längst gefallen.

Die Startbahnverlängerung wird nicht gebaut.

Während Aufsichtsrat und Geschäftsführung noch gebetsmühlenartig das Mantra murmelndie Startbahn kommt - die Startbahn kommt . . ., wird noch schnell eine weitere Tranche für die Finanzierung einer nicht zu bauenden Traumstartbahn in den Grevener Sand gebuddelt. Inzwischen haben großzügige Investitionen für einen angedachten Intercontinental-Flughafen das Eigenkapital dezimiert. Es wird erwartet, dass der Kreis das Eigenkapital wieder aufbaut. Auch die Bürgschaften, die der Kreis für die Finanzierung des FMO eingegangen ist, bekommen vor diesem Hintergrund einen anderen Stellenwert. Wohlgedemert: Nicht der Regionalflughafen FMO macht Probleme, sondern Fehlentscheidungen im investiven Bereich überfordern die Leistungsfähigkeit des Flughafens bei gleichzeitig sinkenden Fluggastzahlen.

Wir lehnen daher die Eigenkapitalerhöhung für den FMO ab, solange die Startbahnverlängerung nicht vom Tisch ist.

Die RWE-Beteiligung verlangt auch in diesem Jahr unsere besondere Aufmerksamkeit. Hatte der Haushalt im Vorjahr einen Dividendeneinbruch von 42% zu verzeichnen, **muss** sich der Kreiskämmerer in diesem Jahr zwingend mit der Aktienneubewertung befassen. Das NKF lässt grüßen und hält das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz bereit. Gemeinsam mit der Bildung einer weiteren Ausgleichsrücklage verbreitet es einen faden Geschmack. Die Zeiten sind schwierig und stellen den Kämmerer auf eine harte Probe.

Das Jobcenter wird ein Jahr alt.

Bei Säuglingen ist das in der Familie ein Grund zu großer Freude.

Für das Jobcenter Kreis Warendorf liegt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2013 vor. Die ersten Zahlen des Jobcenters zeigen in die richtige Richtung. Wie sich das Jobcenter Kreis Warendorf insgesamt im Vergleich zu anderen Jobcentern darstellt, liegt noch nicht komplett vor, wird aber mit großer Neugier erwartet.

Das Kreishaus soll saniert werden.

Ja, umsichtige Hausbesitzer sanieren ihr Gebäude, bevor gravierende Schäden die Bausubstanz schädigen. Da mit der Sanierung auch eine energetische Stärkung des Gebäudes geplant ist, findet diese Maßnahme unsere Zustimmung. Dort, wo lediglich das Repräsentationsbedürfnis zufrieden gestellt werden soll, geben wir nicht unsere Zustimmung. Kommunen, die sich in ähnlicher Situation befinden, wissen, wie schwer es ist, eine nachhaltige Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, wenn die Besucher durch ein üppiges Eingangsportal geschritten sind! Wir möchten den Landrat vor einem Rechtfertigungsnotstand bewahren und seine Verhandlungsposition vor dem Hintergrund eigener Bescheidenheit stärken.

Deshalb: kein großzügiger Eingangsbereich mit den Grünen.**Noch eine kurze Bemerkung zur AWG:**

Abfallvermeidung ist Ressourcenschonung. Für die AWG geht es weniger um Abfallvermeidung, sondern um Abfallwirtschaft. Mit der Erhöhung des Sockelbetrages wird der Abfallumsatz eher beflügelt. Muss dies auch sein, um die vor Jahren wahrscheinlich zu groß geplanten Abfallentsorgungsanlagen leichter in den Hausmüll einzupreisen?

Kommen wir zur Abstimmung des Haushalts für 2013:

Es ist ein Armutszeugnis, verhältnismäßig geringe Beträge von zusätzlichen 2000 € für die Weiterbildung von Ehrenamtlichen bei der Telefonseelsorge und zusätzlichen 5000 € für die 5 Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis Warendorf nicht zur Verfügung zu stellen! Wie wollen Sie das den Menschen erklären, wenn gleichzeitig 130.000 € für die Neugestaltung des Eingangsbereiches des Kreishauses ausgegeben werden sollen? Die Beträge für diesen Bedarf von Menschen in Krisen

sind niedrigst angesetzt, sind dagegen vergleichsweise lächerlich und hätten unserem klugen Kämmerer bestimmt keine Probleme bereitet, die Beträge in dem Haushalt zu ermöglichen!

UND:

Sich für einen **Fair Trade Kreis** einzusetzen wäre auch ein gutes Signal gewesen. Es ist eine Ohrfeige für die Ehrenamtlichen- die im Übrigen ihren Hintergrund im kirchlichen Engagement haben und für nächstes Jahr eine kreisweite Umsetzung der Vorhaben planen. Auch das wurde von CDU, FDP und FWG abgelehnt. Lieber einen Kaffee, der Menschen bei der Produktion ausgebeutet hat, als fair gehandelten Kaffee.

Einige Ausschussmitglieder haben auch nicht verstanden, worum es geht, denn ein CDU-Vertreter war offensichtlich der Meinung, dass die Bewerbung als "Fair Trade Kreis" für die heimischen Kaffeebauern in der Stromberger Schweiz und für die Kakaoproduzenten in den Beckumer Steinbrüchen eine echte Konkurrenz darstellen würde!

Sozialticket

Und letztendlich, ein nahezu kostenneutrales Sozialticket abzulehnen, ist für die Grünen nicht akzeptabel und für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar. Dazu noch den repräsentativen Eingang zum Kreishaus für 130.000 € umzusetzen - das entspricht nicht unseren Vorstellungen- schon gar nicht in der Gegenüberstellung der vergleichsweise geringen Unterstützungsleistungen für soziale Einrichtungen, die gute Arbeit leisten. **Hier geht es offensichtlich nur um die Macht der Verhinderung! Das ist nicht kooperativ, das ist nicht bürgernah, das würdigt die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht.**

Für die nächsten Haushaltsberatungen im nächsten Jahr hoffe ich, dass zwischenzeitlich ein Überdenken der Positionen stattfinden wird.

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen wird darum diesem Haushalt nicht zustimmen.

Ihnen allen wünsche ich frohe Weihnachten und einen besinnlichen Übergang in das Jahr 2013.